

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. September 1990
am Donnerstag, dem 13. September 1990

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	23	Kretkowski (SPD)	25, 26
Austermann (CDU/CSU)	9, 10	Müntefering (SPD)	30, 31
Bachmaier (SPD)	7, 8	Pfuhl (SPD)	13, 14
Eigen (CDU/CSU)	3, 4	Reschke (SPD)	32, 33
Dr. Feldmann (FDP)	21, 22	Reuter (SPD)	15, 16
Gansel (SPD)	11, 38	Scharrenbroich (CDU/CSU)	17, 18
Großmann (SPD)	28, 29	von Schmude (CDU/CSU)	19, 20
Häuser (SPD)	34, 35	Stiegler (SPD)	12, 24
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	36, 37	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	2
Jäger (CDU/CSU)	1, 27	Frau Walz (FDP)	5, 6

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesminister der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Haben bundesdeutsche Sicherheitsbehörden (BND, Verfassungsschutz) Erkenntnisse darüber, ob zahlreiche ehemalige STASI-Mitglieder in der DDR im Besitz privater Waffen und von Waffenscheinen sind und daß sich solche ehemaligen STASI-Mitglieder zu bewaffneten Zusammenkünften in Wäldern und an ähnlichen abgelegenen Orten treffen, um eine schlagkräftige Untergrundorganisation aufzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

2. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber eingeholt, über welche Quellen die in der letzten Zeit verschiedentlich in Zeitungen und Magazinen veröffentlichten Auszüge aus den Vernehmungsprotokollen der in der DDR inhaftierten RAF-Aussteiger in die Öffentlichkeit gelangt sind, und hat sie gegenüber der DDR geeignete Maßnahmen ergriffen, um diese Verletzung der Persönlichkeitsrechte zu unterbinden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

3. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung die Fleischexporte sichergestellt haben, die notwendig sind, um die Kühlhäuser zu entlasten, damit die Fleischmengen, die durch den Weideabtrieb entstehen, aufgenommen werden können?
4. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung im Ministerrat in Brüssel Verhandlungen einleiten, die zu einer Beendigung der Preissenkungspolitik der Kommission der EG führen, da sonst der ländliche Raum tödlichen Schaden nehmen wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

5. Abgeordnete
**Frau
Walz**
(FDP) Bis wann wird die Bundesregierung ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung der Psychiatrie nach Vorlage des Berichts der Expertenkommission zur Reform der Versorgung im psychiatrischen und psychotherapeutischen/psychosomatischen Bereich dem Deutschen Bundestag vorlegen?
6. Abgeordnete
**Frau
Walz**
(FDP) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung auf Grund dieser Expertenvorschläge im Hinblick auf die Entwicklung der Psychiatrie in der DDR, vor allem der gemeindenahen Versorgung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

7. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD) Seit wann liegen der Bundesregierung welche Informationen über die nukleare Zusammenarbeit zwischen Brasilien und dem Irak vor?
8. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD) Geht die Bundesregierung davon aus, daß im Rahmen des deutsch-brasilianischen Nuklearabkommens geschulte brasilianische Kerntechniker im Irak tätig waren bzw. nach wie vor tätig sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

9. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Welche Leistungen aus den Gemeinschaftsaufgaben, der Strukturhilfe des Bundes, dem Finanzausgleich und vergleichbaren Leistungen werden nach den rechtlichen Regelungen und Absprachen zur deutschen Einigung erbracht?
10. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Mit welcher Wirkung auf die Einnahmesituation der elf jetzigen Bundesländer und bis zu welchem Zeitpunkt geschieht dies?

11. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wie viele Ermittlungsverfahren laufen z. Z. bei Oberfinanzdirektionen und Staatsanwaltschaften im Zusammenhang mit genehmigungspflichtigen, aber ungenehmigten Lieferungen in den Irak?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

12. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Diskussion innerhalb der Bundesregierung um die Zukunft der Zonenrandförderung, und wird insbesondere daran gedacht, eine Sonderregelung für das bayerische Grenzland an der Grenze zur CSFR zu schaffen?
13. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- In welchem Umfang und für wie viele der gestellten Anträge sind Mittel aus dem Eigenkapitalhilfe-Programm für die DDR bislang tatsächlich abgeflossen?
14. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Wie stellt sich diese Situation derzeit für die ERP-Programme/DDR dar?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

15. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Welche Pläne oder Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich der von den Amerikanern angekündigten Truppenreduzierungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland?
16. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihren Einfluß dahin gehend geltend zu machen, daß durch den Abzug von Einrichtungen der amerikanischen Armee die militärische Belastung z. B. des Main-Kinzig-Kreises reduziert wird?
17. Abgeordneter
Scharrenbroich
(CDU/CSU)
- Inwieweit wird das Bundesministerium der Verteidigung bei Aufhebung von Bundeswehrstandorten wegen Truppenreduzierungen oder wegen Truppenverlegungen in das Gebiet der heutigen DDR außer militärischen auch andere Kriterien berücksichtigen, wie z. B. die Akzeptanz der Truppe durch die Bevölkerung am Stand-

ort oder die Bedeutung des Standortwegfalls auf Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt der betroffenen Region, und inwieweit wird der Bundesminister der Verteidigung eine endgültige Entscheidung vorher mit den betroffenen Landesregierungen und Kommunen beraten?

18. Abgeordneter
Scharrenbroich
(CDU/CSU)

Inwieweit sind Presseberichte zutreffend, daß bereits konkrete Überlegungen im Bundesministerium der Verteidigung angestellt werden, die Jagdbombergeschwader 35 und 36 in das Gebiet der DDR zu verlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

19. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)

Sind an die Bundesregierung Planungen zum Bau eines neuen Großflughafens im Raum Büchen durch den Hamburger Senat, die schleswig-holsteinische Landesregierung oder durch die Regierung der DDR herangetragen worden, und sieht die Bundesregierung unter Abwägung der ökologischen und ökonomischen Folgewirkung eine Chance zur Realisierung dieses Projektes?

20. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung derartige Vorstellungen im Hinblick auf den bereits begonnenen Ausbau des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel?

21. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)

Wie ist der aktuelle Sachstand und Zeitplan der deutsch-französischen Verhandlungen über die Anbindung des französischen TGV-Est an das deutsche Schnellbahnsystem zwischen Offenburg und Karlsruhe, und wie bewertet die Bundesregierung den Bericht im Badischen Tagblatt vom 18. August 1990, wonach „die Weichen für die umstrittene Verknüpfung der deutschen und französischen Hochgeschwindigkeitszüge TGV und ICE über eine Neubaustrecke durch den Bühler Raum“ längst gestellt sind?

22. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)

Welche Verbindungstrasse zwischen Straßburg und der deutschen Rheintalstrecke zwischen Offenburg und Karlsruhe wird von deutscher Seite bevorzugt, und wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der möglichen Trassenplanung auf die Umwelt der betroffenen mittelbadischen Region?

23. Abgeordneter
Antretter
(SPD)

Plant die Bundesregierung, im Rahmen der Fortschreibung des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen die Landesstraße Autobahnzubringer Mundelsheim – Backnang aus der Bedarfsplanstufe „Planungen“ in die Bedarfsplanstufe „Vordringlicher Bedarf“ zu nehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

24. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Generaldirektionen Postdienst und TELEKOM nach dem Vorbild der geplanten Landespostdirektionen in den neuen fünf Bundesländern der DDR beabsichtigen, die bayerischen Oberpostdirektionen aufzulösen, und was wird sie unternehmen, um der konkreten Gefahr drohender Auflösung der Oberpostdirektion Regensburg und damit krisenverschärfender Arbeitsplatzverluste in dieser strukturschwachen Region wirksam vorzubeugen?
25. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat sich die Deutsche Bundespost TELEKOM bei der Bezeichnung ihrer Produktpalette für englischsprachige Bezeichnungen, wie PhoneLine, BaseLine oder ComfortLine entschieden?
26. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß solche Bezeichnungen Markt- und Bürgernähe ausdrücken und ein Instrument zur Absatzförderung und Gewinnung neuer Kunden darstellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

27. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung auch 1991 und darüber hinaus mittelfristig die finanzielle Förderung der Stadtsanierung im selben Umfang aufrechterhalten wie 1990, und trifft es zu, daß aus diesen Bundesmitteln im Jahr 1991 auch die neuen Bundesländer der DDR ohne Erweiterung des Finanzvolumens der Förderung bezuschußt werden?
28. Abgeordneter
Großmann
(SPD)
- Wieviel der 1990 von 0,2 Millionen auf 8,2 Millionen vervielfachten Mittel des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für Öffentlichkeitsarbeit sind bisher ausgegeben worden?
29. Abgeordneter
Großmann
(SPD)
- Wie hoch müßte der Haushalt des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sein, wenn die Ansätze für die Förderung von Investitionen zur Bekämpfung der Wohnungsnot die gleichen Steigerungsraten aufweisen sollten wie die Ansätze für die Herausgabe von Broschüren und Informationsblättern im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit?

30. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Welche Anforderung lag der Versendung des Infopakets „Bauen und Wohnen“ an alle CDU-Kreisverbände durch das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zugrunde?
31. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Wie hoch waren die Material- und die Versandkosten für diese Aktion?
32. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Hat das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die CDU-Kreisverbände, denen das Infopaket „Bauen und Wohnen“ zur Beratung und Verteilung zugesandt worden ist, darauf hingewiesen, daß dieses Informationsmaterial nicht zu Wahlkampfzwecken eingesetzt werden darf?
33. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Welche Informationsmaterialien und wie viele Exemplare von diesen waren jeweils in den Informationspaketen enthalten?
34. Abgeordneter
Häuser
(SPD) Beabsichtigt das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, auch allen Kreisverbänden von FDP, SPD, DIE GRÜNEN und anderen Parteien das Infopaket „Bauen und Wohnen“ des Bundesministeriums zur Beratung und Verteilung zuzustellen?
35. Abgeordneter
Häuser
(SPD) Wie teuer waren die Anzeigen in Tageszeitungen, in denen auf örtliche Informationsstände des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau aufmerksam gemacht wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

36. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über schwere Menschenrechtsverletzungen an Frauen anlässlich des irakischen Überfalls auf Kuwait vor?
37. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP) Wenn ja, welche Möglichkeiten gibt es, gegen solche Menschenrechtsverletzungen zu intervenieren?
38. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Hat die Bundesregierung das Arms-Embargo-Committee der Vereinten Nationen über die Entscheidung des Landgerichts Kiel vom 5. Juli 1990 unterrichtet, das die Auffassung vertreten hat, daß durch die Lieferung von U-Boot-Bauplänen durch HDW und IKL an Südafrika die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland nicht erheblich gestört worden sind?

Bonn, den 7. September 1990